

Bezirkstag Pfalz



Infobrief

Rundbrief Nr. 2/ März 2015

Liebe Genossinnen und Genossen,

im heutigen Rundbrief findet ihr Informationen zur aktuellen politischen Arbeit im Bezirkstag sowie meine Pressemitteilungen seit Januar 2015.

Top-Thema. Die Windkraftnutzung war erneut das politische Top-Thema im Bezirksverband. Im Rundbrief findet ihr dazu meine neusten Stellungnahmen und eine Karte des Biosphärenreservats Pfälzerwald. Durch das Einknicken der rot-grünen Landesregierung gegenüber dem MAB-Nationalkomitee ist die Energiewende in Rheinland-Pfalz insgesamt gefährdet. Weitere Einzelheiten im Rundbrief.

Einrichtungen des Bezirksverbandes. Für das allgemeine Verständnis der Aufgaben des Bezirksverbandes Pfalz habe ich euch eine Karte mit den Einrichtungen des Bezirksverbandes eingefügt.

Personalrats-Tour. Sehr interessant und aufschlussreich war mein Gespräch beim Personalrat des Pfalzkrankenhauses. Die Personalrätinnen und Personalräte waren sehr angetan davon, dass eine politische Vertreterin des Bezirkstages den Weg zu ihnen findet. Lest dazu meinen Bericht. Ich werde selbstverständlich auch die weiteren Betriebs- und Personalräte besuchen und die gewerkschaftliche Orientierung der LINKEN unterstreichen.

Termine. Am Schluss des Rundbriefes findet ihr einige Anmerkungen zu bereits absolvierten Terminen sowie die aktuell anstehenden Termine im Bezirksverband.

Ich wünsche viel Spaß und Information beim Lesen.

Mit solidarischen Grüßen

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag

Top-Thema Windkraft

Pressemitteilung 16. Januar 2015

Konkrete und sachliche Debatte zu Windkraft führen

DIE LINKE im Bezirkstag: „Zurück zur Natur“ von Theo Wieder ist wenig glaubwürdig

Das MAB-Komitee bleibt bei seiner Beschreibung des Gefährdungspotenzials durch Windkraft für den Status Biosphärenreservat unkonkret, Windkraftgegner blenden Zerschneidung durch B 10 aus und Windkraftbefürworter setzen Planungen an umstrittenen Standorten fort. Auch nach der Bestätigung des Biosphärenstatus ist keine Annäherung der Positionen in Sicht.

Dazu erklärt Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag: „Es ist bedauerlich, dass die unterschiedlichen Interessenvertreter nahezu unverändert auf ihren Positionen verharren. DIE LINKE hatte zur Überwindung der verhärteten Fronten eine pfalzweite Konferenz zum Thema Windkraft unter der Schirmherrschaft des Bezirkstages vorgeschlagen, dafür aber keine Zustimmung im Bezirkstag gefunden. Nun wurde am Rande der Verleihungszeremonie des MAB-Nationalkomitees dennoch kräftig polemisiert, obwohl dies sicher nicht der geeignete Rahmen dafür war. Christiane Paulus warnte vor einer Zerschneidung der bewaldeten Entwicklungszonen, die den Status Biosphärenreservat zukünftig gefährden könnte. Auf die konkret durch entsprechende Planungen betroffenen Gebiete ging sie jedoch nicht ein. Die Zerschneidung des Pfälzerwaldes durch den B 10 Ausbau wurde von den Windkraftgegnern komplett ausgeblendet und lediglich vom BUND in die Debatte gebracht, der andererseits bei seinem kategorischen Nein zur Windkraft in der Kernzone blieb und damit ebenfalls auf seinem bekannten Standpunkt verharrte.“

Wenig glaubwürdig sind die Ausführungen von Theo Wieder, ehemalige Militärliegenschaften zu renaturieren, statt sie für Windkraftanlagen zu überplanen. Mir sind keine Vorstöße der Windkraftgegner bekannt, die die seit Jahrzehnten brachliegenden Konversionsflächen einer Aufforstung hätten zu führen wollen. Bis zum Abzug des US-Militärs stellten die massiven Eingriffe und die damit verbundene Zerstörung der Natur durch militärische Einrichtungen mitten im Pfälzerwald für die heutigen Windkraftgegner keinerlei Problem dar. Auch bei der Rodung von 55 Hektar Wald in der Verbandsgemeinde Weilerbach für den Neubau eines US-Hospitals erfolgte aktuell kein Aufschrei der Windkraftgegner, die sich neuerdings der Philosophie von Jean-Jacques Rousseau verschrieben zu haben scheinen, wenn es um die Ablehnung von Windkraft geht. Diese Argumentation ist daher einigermaßen scheinheilig.

Windkraftplanende Kommunen wie Landau oder Annweiler bekunden zwar Diskussionsbereitschaft und Einsichtsvermögen, setzen ihre Windkraftprojekte aber ungehindert fort. Dies trägt nicht zur Entspannung der Situation bei, sondern verhärtet die Fronten weiter. Hier hilft kein einseitig verhängtes, flächendeckendes und allgemeines Moratorium, wie vom Bezirkstag gewünscht, sondern eine sachlich fundierte, konkret geführte Diskussion vor Ort. Denn es wurde allzu offenkundig und presseöffentlich verlautbart, dass bei den umstrittenen Windkraftprojekten die Profitinteressen alle anderen berechtigten Interessen dominieren. Der einzig vernünftige Vorschlag kam deshalb von Ruth Ratter von den Grünen, die zur Solidarität zwischen den Kommunen aufrief und die Gründung von Genossenschaften ins Spiel brachte, um die Windenergieprofite einigermaßen gerecht zu verteilen.

Die eigentlich zuständige Grüne Umweltministerin Ulrike Höfken bleibt jedoch weiterhin den Nachweis schuldig, warum sie dieses Amt bekleidet. Die Landesregierung bleibt bei ihrer Strategie der ruhigen Hand und lässt die insgesamt unsachgemäßen Diskussionen weiter ohne nennenswerte eigene Beiträge laufen. Das ist der schlechteste aller Lösungswege.“

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag

Pressemitteilung 30. Januar 2015

Fragwürdige Rolle des MAB-Komitees in Windkraftdebatte

DIE LINKE im Bezirkstag: Gründe und Entscheidungswege für Sinneswandel des MAB-Komitees bleiben im Dunkeln

Das offizielle Positionspapier des MAB-Nationalkomitees vom 5. September 2012 sieht keine generellen Ausschlussgründe für die Nutzung von Windenergie und den Bau von Windkraftanlagen in den Entwicklungszonen des Biosphärenreservats Pfälzerwald. Auch die bewaldeten Flächen der Entwicklungszonen wurden für Windkraft nicht ausgenommen. Inzwischen ist beim MAB-Nationalkomitee offensichtlich ein Sinneswandel eingetreten, der von der Vorsitzenden Dr. Christiane Paulus bei der Bestätigung des Biosphärenstatus kürzlich presseöffentlich verkündet wurde.

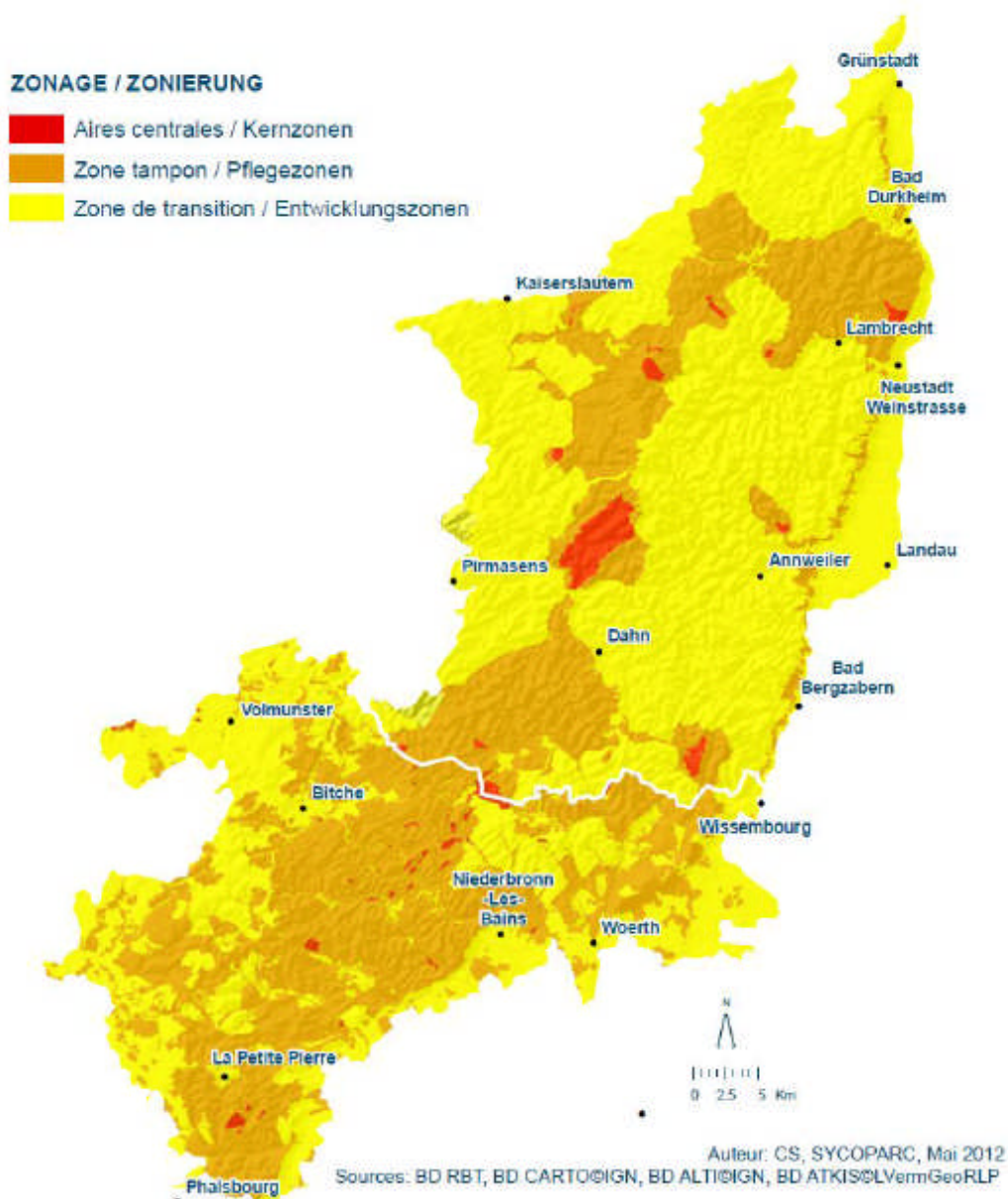
Inzwischen sollten laut Paulus bewaldete Flächen der Entwicklungszonen nicht durch Windkraftanlagen „zerschnitten“ werden, um den Biosphärenstatus nicht zu gefährden. Dankbar aufgegriffen wurde dieser Sinneswandel des MAB-Nationalkomitees von der CDU-Landtagsfraktion und deren außerparlamentarischem Arm zur Verhinderung von Windkraftanlagen, der Initiative „Pro Pfälzerwald“. Die CDU-Landtagsfraktion hatte bereits am 1. Oktober 2014 eine Anfrage im Landtag zu den Konsequenzen aus der ablehnenden Haltung des Komitees abgeleitet und beruft sich dabei auf „vorliegende Informationen“, ohne diese näher zu erläutern. Die Windkraftgegner bei „Pro Pfälzerwald“ berufen sich ebenfalls auf Dr. Christiane Paulus und stellen deren Aussagen in den Mittelpunkt ihrer Kampagne gegen Windkraft.

Dazu erklärt Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag: „Das MAB-Nationalkomitee, zumindest dessen Vorsitzende Dr. Christiane Paulus, vertritt neuerdings die Meinung, die bewaldeten Flächen in den Entwicklungszonen des Biosphärenreservats Pfälzerwald sollten nicht für den Bau von Windkraftanlagen frei gegeben werden. Begründet wird diese neue Sichtweise insbesondere mit der befürchteten Zerschneidung der Waldgebiete durch die für die Errichtung der Anlagen notwendige Infrastruktur. Viel mehr an Begründung wird nicht geliefert, es fehlt eine faktenbasierte Expertise, die diesen Sinneswandel näher begründet sowie eine Erläuterung der Entscheidungsfindung. Man kann sich daher nicht ganz dem Eindruck verschließen, dass hier der politische Wunsch Vater des Gedankens war. Ganz anders verhält es sich mit dem veröffentlichten Positionspapier aus dem Jahr 2012. Darin wird sehr ausführlich und kompetent erläutert, welche Maßstäbe das Komitee an die Errichtung von Windkraftanlagen anlegt, damit sie dem Status Biosphärenreservat genügen. Kein Zufall ist, dass dieses Positionspapier im gleichen Zeitraum wie die Neufassung des LEP IV entwickelt wurde und mit dessen planerischen Vorgaben und Ausschlusskriterien für Windkraftnutzung im Pfälzerwald nahezu deckungsgleich ist. Es stellt sich also die berechnete Frage, warum die heute entdeckten Bedenken des Komitees für die Nutzung der Entwicklungszonen damals keine Berücksichtigung fanden, als entsprechende Änderungen des Landesentwicklungsplanes noch problemlos möglich gewesen wären.“

DIE LINKE im Bezirkstag bleibt dabei: Dringend erforderlich ist eine Versachlichung der Debatte, Kompromissbereitschaft und nachvollziehbare Entscheidungswege. Völlig daneben sind die Instrumentalisierung grundsätzlich unabhängiger Gremien durch parteipolitische Interessen und polemische Stimmungsmache. Wer die Zerschneidung von Waldgebieten durch den Ausbau von Bundesstraßen und dem Straßenbau überhaupt, die alltäglich stattfindende Zersiedlung von schützenswerten Naturflächen oder die Rodung von riesigen Waldarealen komplett ausblendet und andererseits bei der Beurteilung von Windkraftanlagen zum fundamentalistischen Ökologen mutiert, ist wenig glaubwürdig. Die dahinter stehende Taktik ist klar: Schaffen es die Windkraftgegner, den Ausbau im Pfälzerwald bis zur gesetzlichen Ausschreibungspflicht 2017 hinauszuzögern, haben es Standorte in Rheinland-Pfalz naturgemäß schwer, mit Off-Shore Standorten zu konkurrieren. Sind erst mal nur noch Windparks in der Nordsee grundsätzlich planbar, ist die Windkraft per se passé: Schon heute stehen Hunderte Windräder still, weil es keine Anschlussmöglichkeiten und keinen Netzausbau gibt.“

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag

Kern-, Pflege- und Entwicklungszonen des Biosphärenreservats Nordvogesen-Pfälzerwald



Ein Blick auf die Karte macht deutlich: Durch die Herausnahme der Entwicklungszonen (gelb markiert) als Standorte für die Errichtung von Windkraftanlagen wurden praktisch der gesamte Pfälzerwald und die Pfalz von der Windkraftnutzung ausgeschlossen. Dies hat gravierende Auswirkungen auf die angestrebte Energiewende in Rheinland-Pfalz.

Pressemitteilung 25. Februar 2015

Windkraft-Aus „par ordre du mufti“

DIE LINKE im Bezirkstag: Christiane Paulus bleibt Fakten schuldig

„Es gehört zu den Merkwürdigkeiten der Mediengesellschaft, dass bestimmten Aussagen ein Wahrheitsgehalt zugeordnet wird, ohne auch nur eine kritische Nachfrage zu stellen“, kommentiert Brigitte Freihold für DIE LINKE im Bezirkstag das von Dr. Christiane Paulus im Alleingang herbeigeführte Aus für die Windkraftnutzung im Pfälzerwald.

Dr. Christiane Paulus, Vorsitzende des MAB-Nationalkomitees, hatte am Rande der Verleihungszeremonie für den Biosphärenstatus verkündet, die Errichtung von Windkraftanlagen in bewaldeten Entwicklungszonen würde diesen Status gefährden. Alleine diese Meinungsäußerung führte nun dazu, dass die Landesregierung ihre eigenen Planungsvorgaben über den Haufen geworfen hat.

Freihold weiter: „Das MAB-Nationalkomitee ist bis heute jede sachlich fundierte Analyse schuldig geblieben, die diese Aussage stützen könnte. Das offizielle Positionspapier des MAB-Nationalkomitees vom 5. September 2012 sah keine generellen Ausschlussgründe für die Nutzung von Windenergie und den Bau von Windkraftanlagen in den Entwicklungszonen des Biosphärenreservats Pfälzerwald. Auch die bewaldeten Flächen der Entwicklungszonen wurden für Windkraft nicht ausgenommen. Damals entsprach die Haltung des MAB nahezu deckungsgleich den Planungsvorgaben des LEP IV. Aktuellere Stellungnahmen, Positionspapiere oder Prüfberichte existieren nicht oder sind nicht veröffentlicht. Eine Überprüfung des Biosphärenstatus erfolgt turnusgemäß alle 10 Jahre.

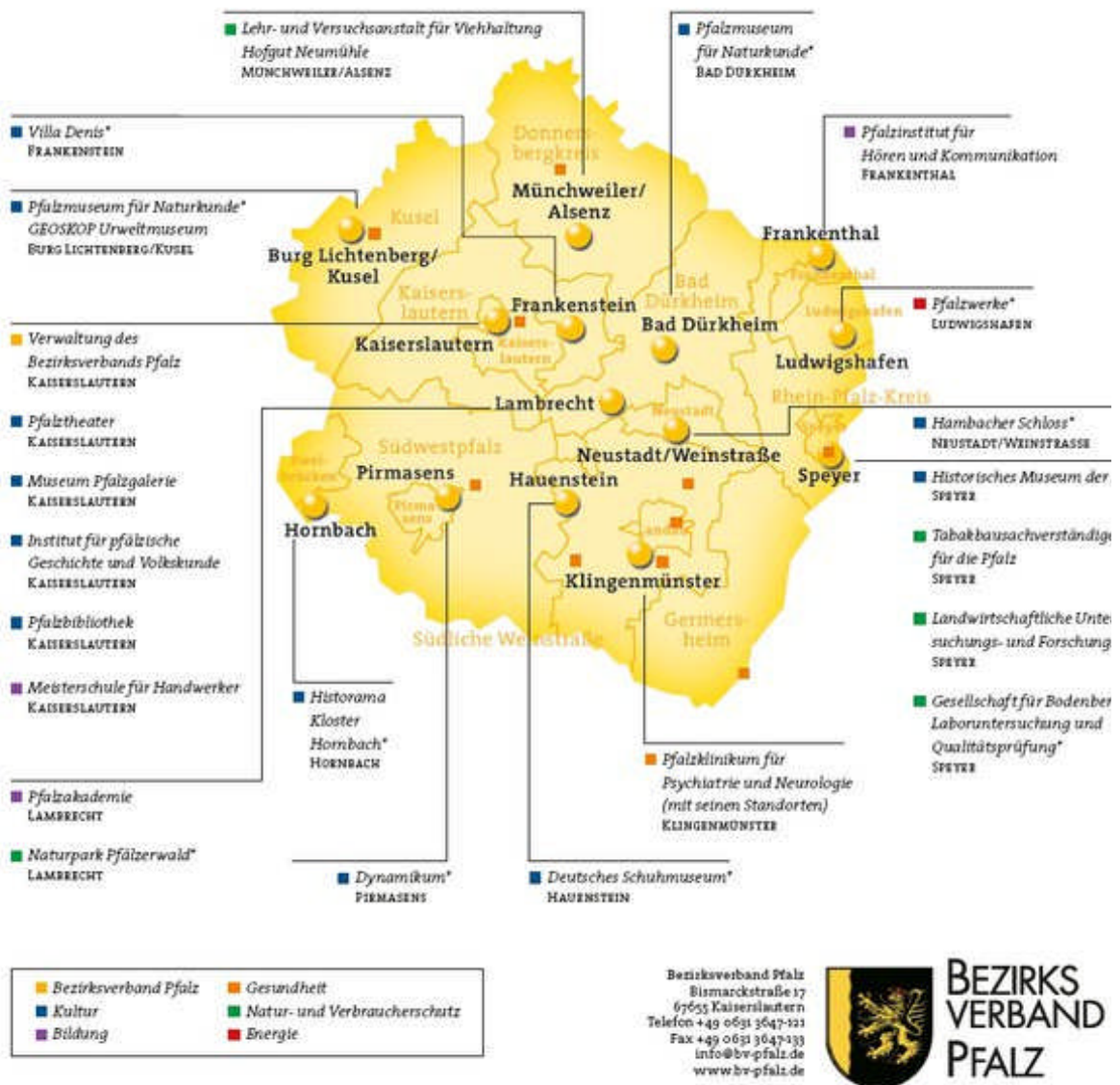
Der nun zwischen 2012 und heute doch wesentlich schneller eingetretene Sinneswandel des MAB bzw. von Frau Dr. Paulus bedeutet das generelle Aus für Windkraft im Pfälzerwald und wurde kritiklos und geradezu willfährig von der Landesregierung übernommen. Die Entscheidungswege des MAB-Nationalkomitees bleiben dabei im Dunkeln. Die Umsetzung der Energiewende und das Erreichen der selbstgesteckten Klimaziele in Rheinland-Pfalz werden dadurch erheblich erschwert. Ein Blick auf die Karte der bewaldeten Entwicklungszonen genügt um festzustellen, dass nach deren Ausschluss kaum noch Standorte für Windkraftanlagen in der Pfalz übrig bleiben, wie der Pfälzerwaldverein kürzlich frohlockend festgestellt hat.

Durchgesetzt haben sich ohne nennenswerten Widerstand der rot-grünen Landesregierung die von der CDU gesteuerten Windkraftgegner in ihren Initiativen. Dieses Einknicken einer rot-grünen Landesregierung hat Signalwirkung für die gesamte Republik. Schließlich gelten gerade die Grünen – völlig zu Unrecht – noch immer als Vorreiter im Klimaschutz. Freuen wird's die Atomlobby in ihrem noch längst nicht aufgegebenen Kampf gegen Erneuerbare Energien, denn es gibt nun ein Bundesland weniger, in dem sich Windkraft rentabel nutzen ließe. Was bleibt, ist ein verstärktes Augenmerk darauf zu richten, was außer Windkraftanlagen zukünftig so alles in den Entwicklungszonen des Biosphärenreservats genehmigt und gebaut werden wird. Deshalb erwarten wir mit Spannung den Aufschrei der

von Theo Wieder angeführten „Zurück zur Natur“-Bewegung, wenn zukünftig neue Straßen oder andere Schneißen mitten durch den Pfälzerwald gezogen werden.“

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag

Einrichtung des Bezirksverbands Pfalz



Vorbereitungen für gemeinsames Schulprojekt Frankenthal forcieren

DIE LINKE im Bezirkstag: Kooperationsvereinbarung zwischen Stadt Frankenthal und Bezirksverband lässt auf sich warten

Der Bezirkstag hat am 19. Dezember 2014 den Grundsatzbeschluss gefasst, mit der Stadt Frankenthal gemeinsam den dringend notwendigen Erweiterungsbau für das Karolinengymnasium und das Pfalzinstitut für Hören und Kommunikation (PIH) zu stemmen. Dazu soll im ersten Quartal 2015 als erster Schritt eine Kooperationsvereinbarung zwischen Frankenthal und dem Bezirksverband geschlossen werden.

Dazu erklärt Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag: „Wenn der ambitionierte Zeitplan mit einer Inbetriebnahme des Erweiterungsbaus zum Schuljahr 2017/18 eingehalten werden soll, sollten die Vorbereitungen für das gemeinsame Schulprojekt forciert werden. Bis Ende März soll nach bisheriger Planung der Kooperationsvertrag zwischen der Stadt Frankenthal und dem Bezirksverband rechtlich geprüft, beraten und abgestimmt sein. Die Zeit drängt also. Auch der gemeinsam zu bildende Bauausschuss sollte rasch ins Leben gerufen werden und mit seiner Arbeit beginnen können. Nach bisheriger Beschlusslage soll der Ausschuss aus je fünf Vertretern der Stadt Frankenthal und des Bezirkstages gebildet werden. DIE LINKE ist der Meinung, dass in diesem wichtigen und bisher einzigartigen Kooperationsmodell alle Fraktionen und politischen Gruppierungen aus Stadtrat und Bezirkstag vertreten sein sollten. Neben dem dringend zu erweiternden Schulraum des PIH muss weiterhin die Inklusion vorangetrieben werden.“

Es ist zu begrüßen, dass Schülerinnen und Schüler des PIH zukünftig bis zum Abitur geführt werden sollen. Diesen Weg sollten sie aber gemeinsam mit nicht sehbehinderten und nicht hörbehinderten Schülerinnen und Schülern zurücklegen. Es ist deshalb eine der wichtigsten Aufgaben des neu zu gründenden Bauausschusses, dass der Erweiterungsbau in Gänze den Bestimmungen der Barrierefreiheit entspricht und so geplant wird, dass inklusiver Unterricht auf Grundlage der UN-Behindertenkonvention auch stattfinden kann. Die Bauplanungen müssen daher von einem pädagogischen Konzept begleitet und Pädagogik und räumliche Gestaltung miteinander abgestimmt sein.“

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag

Gespräch beim Personalrat des Pfalzkrankums

27. Februar 2015

DIE LINKE macht Politik für die Menschen.

Unter diesem Motto startete ich meine Reihe von Informationsgesprächen mit Personalvertretungen in den Einrichtungen des Bezirksverbandes Pfalz, die ich in unregelmäßigen Abständen fortsetzen werde.

Nicht die Chefetagen, sondern die Belange und Probleme der Menschen, die in den Einrichtungen arbeiten, stehen im Mittelpunkt meiner linken Politik. Um darüber etwas in Erfahrung zu bringen, ist der Kontakt zu den Personalräten die beste Möglichkeit.



Der 15köpfige Personalrat im Pfalzkrankum, der allerdings nur die Interessen der Angestellten an allen Standorten vertritt und nicht die Beschäftigten der Pfalzkrankum Service GmbH, zeigte sich sehr gesprächsbereit und erfreut, dass ein Mitglied des Bezirkstages und des Verwaltungsrates der Pfalzkrankum Landeck seinen politischen Auftrag dahingehend wahrnimmt, sich im direkten Gespräch vor Ort zu informieren.

Es wurde ausführlich über Aufgaben und Ziele der Personalratsarbeit berichtet.

Dabei wurde sehr schnell klar, dass die Größe und Komplexität der Einrichtung sich in der Vielfalt der Tätigkeiten widerspiegelt, die der Personalrat zu leisten hat. Besonders betont wurde von allen am Gespräch Beteiligten die Sorge, dass die jetzt schon in einigen Bereichen herrschende Personalknappheit sich verstärken werde und damit die Arbeitsbelastung und die psychische Belastung weiter zunehmen. In diesem Zusammenhang wurden die Einführung des Pauschalierenden Entgeltsystems Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP) sehr kritisch beleuchtet, da eine Verschlechterung der Krankenversorgung im stationären Bereich bei gleichzeitig erhöhtem Verwaltungsaufwand befürchtet werden.

Weiterhin ist die Gestaltung der Arbeitszeiten, die z.T. immer noch im seit Jahrzehnten praktizierten Zehn-Stunden-Schichtbetrieb (mit zusätzlichen 2 Stunden Pause) abläuft, ein wichtiger Punkt der Personalratsarbeit, da dies für die Mitarbeiter eine enorme Belastung mit sich bringt. Der Personalrat fordert, ein hierzu ergangenes Gerichtsurteil zu der Gestaltung des Wechselschichtbetriebes endlich umzusetzen. Zu guter Letzt äußerte der Personalrat des Pfalzkrankums Kritik am Bildungsbudget, das er für die Belegschaft als zu gering erachtet und das dringend erhöht werden müsste.

Die Personalräte im Pfalzkrankum erkennen durchaus realistisch, dass ein Mitglied der LINKEN im Bezirkstag und im Verwaltungsrat des Klinikums nicht in der Lage ist, politische Forderungen durch Mehrheitsbeschlüsse umzusetzen. Dennoch betonten sie, wie wichtig ihnen auch die politische Stimme ist, die sich zugunsten ihrer Forderungen und Kritikpunkte erhebt und nicht nachlässt, ihre Anliegen in der Vertretung der Mitarbeiter zu unterstützen.

In diesem Sinne werde ich mein politisches Mandat weiter ausüben.

Termine und Ausblick

Wie ihr euch sicher erinnert, wurde schon im ersten Infobrief davon berichtet, eine eigene Homepage der LINKEN im Bezirkstag einzurichten. Die pro forma durchgeführte Rückfrage bei der zuständigen **Verwaltungsstelle im Bezirksverband der Pfalz** führte allerdings zu einer unerwarteten und für uns unangenehmen Überraschung: Die Fraktionsgelder dürften für diesen Zweck nicht verwendet werden, lautete die Auskunft, die ich erhielt.

Erst das wiederholte Nachhaken und die Verweise auf die entsprechenden Paragraphen der Landkreis- und Gemeindeordnung, auf die sich auch die Bezirksordnung bezieht, brachten die erwünschte Zusage, die es mir als fraktionslosem Mitglied des Bezirkstages gestattet, die Fraktionszuwendungen analog zu den „echten“ Fraktionen auch für Öffentlichkeitsarbeit zu verwenden. Dies ist als ein umso größerer Erfolg zu werten, als es nun auch möglich ist, die **geplante Veranstaltung zum Thema Gerontopsychiatrie** mit einer/m noch zu benennenden Referentin/en durchzuführen, bei der die besondere Brisanz von Zwangseinweisungen zur Sprache kommen wird. Sobald der Termin feststeht, werdet ihr umgehend informiert!

Die Arbeit in einem Parlament wie dem Bezirkstag, der sozusagen die „**Pfalzregierung**“ darstellt, beschränkt sich logischerweise nicht auf die Teilnahme an den Sitzungen der Ausschüsse und Räte, obwohl dies natürlich das nach außen hin sichtbare politische Wirken demonstriert. - Hier an dieser Stelle auch ein **dickes Lob an unsere aktiven Fraktionsmitglieder**, die ausnahmslos an allen Sitzungen teilnahmen (ganz im Gegensatz zu denen der neu im Bezirkstag vertretenen Blau-roten Fraktion...) und bei unseren Fraktionssitzungen einen regen Austausch über unsere politische Arbeit pflegten! -

Um im Bezirkstag über all die vielfältigen Einrichtungen kompetent und sachkundig befinden zu können, ist die Information vor Ort unabdingbar.

Aus diesem Grund besuche ich in regelmäßigen Abständen diese Einrichtungen, schaue mir die örtlichen Gegebenheiten an und führe Gespräche mit Mitarbeitern, Besuchern und natürlich auch der Geschäftsleitung. So habe ich bereits die **Meisterschule für Handwerker in Kaiserslautern, die Lehr- und Versuchsanstalt Hofgut Neumühle, das Pfalzmuseum für Naturkunde in Bad Dürkheim sowie das Historische Museum Speyer besucht.**

Weiterhin gehört es zur Aufgabe von Bezirkstagsmitgliedern, bei diversen Veranstaltungen des Bezirksverbandes Präsenz zu zeigen. Diese Aufgabe kann ich bei der Fülle an Terminen quer durch die Pfalz aus zeitlichen Gründen wegen meiner Berufstätigkeit als Lehrerin nur selektiv wahrnehmen.

Wichtig war mir allerdings die Teilnahme an der **Veranstaltung zum Gedenken der Opfer des Nationalsozialismus im Pfalzkrankenhaus Klingenstein**, die verbunden war mit einem sehr bewegenden ökumenischen Gottesdienst, in dessen Verlauf die Lebensstationen von im Krankenhaus umgekommenen Menschen gezeigt wurden.

Ebenso habe ich der **Verleihung des Else-Lasker-Schüler-Preises beigewohnt**, die im Pfalztheater in Kaiserslautern stattfand und mich am Tag der offenen Tür unter die Kaiserslauterer Meisterschülerinnen und Meisterschüler gemischt. Es ist meines Erachtens eine sehr wichtige Aufgabe, dass die LINKE auch auf diese Art in der Öffentlichkeit erscheint, denn dies ist eine weitere Gelegenheit neben intensiver Pressearbeit zu aktuellen Themenstellungen, zu demonstrieren, dass wir LINKE uns einmischen und vor Ort als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Zum Thema Pressearbeit gibt es leider weniger Erfreuliches zu berichten: Wie gewohnt, versucht die lokale Presse, uns LINKE weitgehend zu ignorieren.

Doch ich habe dem zuständigen „Rheinpfalz“-Redakteur ein Hintergrundgespräch angeboten, das ich demnächst terminieren werde. Dass es dabei in erster Linie um den Standpunkt der LINKEN im Bezirkstag zur Windkraft im Biosphärenreservat Pfälzerwald gehen wird, sei schon mal vorweggenommen.

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag

Die nächsten Sitzungstermine im Bezirksverband

9. März 2015: Schulausschuss

13. März 2015: Pfälzerwaldausschuss

20. März 2015: Kulturausschuss/Beirat für Gedenkarbeit

17. April 2015: Bezirksausschuss

24. April 2015: Werksausschuss

24. April 2015: Schulausschuss

DIE LINKE.
im Bezirkstag Pfalz